

2. U₃

Frau Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Regina van Dinther
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Resolution zum Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer des Kreistages Steinfurt

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

der Kreistag des Kreises Steinfurt hat in seiner Sitzung am 30.03.2009 einstimmig eine Resolution zum Thema Bleiberecht mit folgendem Inhalt beschlossen:

„Der Kreistag des Kreises Steinfurt stellt fest, dass viele der im Kreis Steinfurt lebenden ehemals geduldeten Ausländer von der Bleiberechtsregelung profitieren konnten. Gleichwohl führen die zunächst befristet erteilten Aufenthaltserlaubnisse nicht zu einem gesicherten Aufenthaltsrecht für diese Personen.

Der Kreis Steinfurt appelliert an das Innenministerium NRW sowie die politisch Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene sich für klare Regelungen zur Verlängerung der befristet bis zum 31.12.2009 erteilten Aufenthaltserlaubnisse einzusetzen. Eine besondere Notwendigkeit kurzfristig eine sachgerechte und den Bedürfnissen der Betroffenen angepasste Lösung zu finden, wird gesehen bei Familien mit Kindern, Behinderten, Erwerbsunfähigen und Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Die aktuelle Wirtschaftslage sollte dabei angemessen berücksichtigt werden.

Der Kreistag begrüßt, dass inzwischen das ESF-Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt aufgelegt wurde, um die Integration von langjährig hier lebenden geduldeten Menschen zu unterstützen.

Der Kreistag des Kreises Steinfurt sieht eine dringende Notwendigkeit, eine Lösung für die ausreisepflichtigen Personen zu treffen, die nicht unter eine Bleiberechtsregelung fallen. Zwar wird seitens des Innenministeriums NRW regelmäßig gefordert, die Rückführung dieses Personenkreises konsequent durchzusetzen, jedoch werden die tatsächlichen Voraussetzungen dafür oftmals nicht geschaffen. Eine Notwendigkeit die zwangsweise Ausreise zeitnah durchzusetzen wird insbesondere bei Straftätern gesehen.

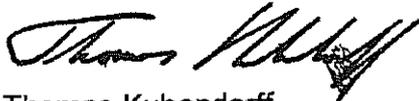


Der Kreistag des Kreises Steinfurt appelliert an alle politisch Verantwortlichen, die Arbeit der Ausländerbehörden zu unterstützen. Die Entscheidungen der Ausländerbehörden sind Ergebnis dessen, was vorab auf politischer Ebene - oftmals nach langwierigen Diskussionen - an Vorgaben gemacht wird. Die politischen Vertreter tragen eine besondere Verantwortung dafür, dass dies in den öffentlichen Diskussionen Beachtung findet."

Zum Ende dieses Jahres werden allein im Land Nordrhein-Westfalen mehrere tausend abgelehnte Asylbewerber, die über viele Jahre hinweg über den Status der Duldung nicht hinaus gekommen sind und nun eine sog. Probeaufenthaltserlaubnis gem. § 104 a AufenthG erhalten haben, die Verlängerung beantragen. Allein für den Bereich meiner Ausländerbehörde sind hiervon ca. 950 Personen betroffen.

Um in diesem Punkt zu einer insbesondere im Sinne der Betroffenen sachgerechten Lösung zu kommen, halte ich es für unerlässlich, für klare und eindeutige Regelungen zu sorgen. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn auch Sie, sehr geehrte Frau Präsidentin, sich dieser Thematik annehmen und die Resolution des Kreistages Steinfurt in die entsprechenden Gremien auf Landesebene einbringen.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Kubendorff
Landrat